

Riesaer Tageblatt

Direktionssitz
Tageblatt Riesa.
Grenzstr. Nr. 30.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Vorstandssitz:
Dresden 1530.
Girokarte:
Riesa Nr. 52.

Nr. 52.

Montag, 3. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen die 29 mm breite, 5 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Karton. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Ausstraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängere Unterhaltungsablage 1000 Pfennige. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnliche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Dieranten oder der Vertriebsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstelle: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Weitere Zusätzlichung der parlamentarischen Lage.

Kampf um das Notopfer. — Ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei. Der Entschluß der Demokraten.

Nun doch vor der Krise.

zu. In den Verhandlungen der Regierung ergab sich bereits, daß die Entscheidung zugunsten des von den Sozialdemokraten geforderten Notopfers fallen werde. Die Bemühungen außerhalb des Ministeriums, auch die Deutsche Volkspartei zu dieser Lösung zu bewegen, blieben ohne Erfolg. Immerhin war noch die Möglichkeit vorhanden, den Weg der Verständigung zu beschreiten. Dieser ist aber nach den neuesten Vorgängen abgeschnitten. Man hörte bereits, ehe der Zentrumsführer Dr. Brüning vom Reichspräsidenten empfangen wurde, daß Hindenburg sich für die Einführung des Notopfers einigte. Er hat nun am Sonnabend diese Ansicht in der Unterredung mit Brüning und mit dem Führer der Deutschen Volkspartei bestätigt. Er verteidigt die Auffassung, daß Beamte, die nicht arbeitslos werden können, dazu beitragen müssten, die Not der Arbeitslosigkeit zu lindern.

Dr. Scholz berief sofort eine Fraktionssitzung zusammen und eröffnete ihr Bericht. Die Fraktion beschloß darauf, an ihrem Standpunkt festzuhalten und das Notopfer abzulehnen. Dem Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer ist sofort von diesem Beschluß der Fraktion Kenntnis gegeben worden. Er wird insofern dessen als Volksparteier und Finanzminister das Notopfer in der heutigen Regierungsverhandlung weiter bekämpfen und man rechnet damit, daß er, falls er überstimmt werden sollte, die Konsequenzen ziehen werde.

Jedenfalls ist die Lage heute außerordentlich ernst. Hatte man bisher keine Urfahrt an eine Krise zu denken, so ist sie jetzt in den Hintergrund gerückt und sowohl in den Reihen der Parlamentarier, wie in der Regierung ist man überzeugt, daß jede Krise die Krise bringen kann. Die Regierungskräfte hätten die Koalitionskrise zur Folge und die Koalitionskräfte wiederum eine Krise des Reichstags überhaupt, da ja eine Mehrheitsbildung außerordentlich schwer werden muß. Zugleich ist man der Überzeugung, daß sich für den Youngplan im Reichstag eine Mehrheit finden würde und eine Verzögerung der Ratiierung nicht eintreten würde. Da das Zentrum die Sozialdemokraten stützt, denen diese nicht daran, nachzugeben und bisher ist auch nicht wegen Konzessionen auf anderem Gebiete verhandelt worden. Wahrscheinlich, weil die Volkspartei erklärt hat, sie könne sich durch ein Entgegenkommen in einer anderen Frage nicht abspeisen lassen.

Das Notopfer sollte zunächst von den Beamten aufgebracht werden, die mehr als 700 Mark Monatsgehalt bestehen. Es hat sich aber ergeben, daß dann die notwendigen 100 Millionen nicht zustande kämen. Deshalb ist man inzwischen in der Gehaltsgrenze weiter heruntergegangen und will das Notopfer von allen Beamten fordern, die 250 Mark monatlich erhalten. Auch wenn man sowohl heruntergeht, werden kaum die erforderlichen 100 Millionen aufgebracht. Ob dieses Beamtenopfer nur eine Art Kredit sein soll, den den Beamten im nächsten Staatsjahr zurückgezahlt werden soll, oder ein Beitrag, der endgültig und verloren ist, ist noch nicht entschieden. Das wird von dem nächsten Etat abhängen, dem es überlassen bleibt, soll, festzustellen, ob der Kredit an die Beamten zurückgezahlt werden kann. In den Beamtenkreisen selbst hält man sich zurück und man begegnet auch der Auffassung, daß der Reichspräsident vertritt, daß sie eine Blüte hätten, aus einer gesicherten Stellung für die Arbeitslosen zu bestimmen.

Ob am heutigen Montag bereits die Entscheidung fällt oder die ungewisse Lage weiter anbauen soll, wird sich wahrscheinlich aus der heutigen Regierungsbesprechung bereits erkennen lassen. Dass die Ratiierung schwer auf so gewisse stark oppositionelle Abgeordnetengruppen liegt, ist zu verbergen, denn jede Krise, die heute auskommt, läuft sich nicht bis zur letzten Konsequenz übersehen. Man muß jedenfalls immer mit dem Neuesten, was in die Reichstagsauflösung, rechnen.

Die Deutsche Volkspartei gegen das Notopfer.

■ Berlin. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei hielt am Sonnabend im Reichstag der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab. Um 14 Uhr nachmittags Parteivorstand, Reichsausschuss und Reichstagsfraktion der Partei im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, nach der die folgende offizielle Erklärung ausgegeben wurde:

Die Deutsche Volkspartei ist der Meinung, daß das Kernziel jeder Finanzreform eine Entlastung der Wirtschaft, die Sichererstellung der Rentabilität in Landwirtschaft, Handel,

Handwerk und Industrie, sowie die Förderung der Kapitalbildung sein muß. Nur auf diesem Wege ist es möglich, das größte der sozialen Nöte, die Arbeitslosigkeit, wirksam zu beseitigen und aus dem Dreißigtausender der Erwerbstäler einen möglichst großen Teil wieder in die Wirtschaft einzuführen. Nachdem die Entwicklung der Finanz- und Kassenlage des Reiches die von allen Seiten als notwendig erkannte Senkung der direkten Steuern für das Jahr 1930 unmöglich gemacht hat, muß die aktuelle Festlegung einer solchen Senkung für das Jahr 1931 gefordert werden. Unvereinbar hiermit wäre eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Das sogenannte Notopfer würde außerdem den Willen zur Reform auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts im Kriege erfüllen. Im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt für 1930 müssen daher folgende Maßnahmen getroffen werden:

Gesetzliche Sicherung der Ausgabenentlastung in Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung;

Unter Vermeidung jeder weiteren Erhöhung von direkten Steuern, gesetzliche Festlegung einer Senkung dieser Steuern vom Beginn des nächsten Haushaltsjahrs ab.

Die entsprechenden Beschlüsse wurden von Parteivorstand, Reichsausschuss und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einstimmig gefasst.

* Berlin. Über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei am Sonntag teilt die National-liberale Korrespondenz folgendes mit:

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag, den 2. März, zu einer zahlreich besuchten Sitzung im Reichstag der Deutschen Volkspartei zusammen. Das Referat über die politische Lage erhielt bekanntlich der Parteivorsitzende Reichsminister a. D. Dr. Scholz. Er hob den großen Ernst der politischen Lage hervor und betonte unter der fürstlichen und einstimmigen Zustimmung des Reichsausschusses die dringende Notwendigkeit einer Finanzreform mit dem Ziel, die deutsche Produktion zu entlasten, die Kapitalbildung zu fördern und den Arbeitsmarkt zu beleben, für das politische Kernproblem. Am Anfang dieser Reform dürfe logischerweise keine Erhöhung der direkten Steuern stehen, auch nicht, in der vorausgehenden Form eines sogenannten Notopfers der Arbeitgeber, dessen verfassungsgeschichtliche Gültigkeit höchst zweifelhaft sei, dessen Wirkung aber in einer Hinausdehnung der dringend notwendigen inneren Sanierung der Arbeitslosenversicherung bestehen würde.

Die überaus beständige aufgenommene Darlegungen des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer bewegten sich in gleicher Richtung. In der Aussprache, an der sich Vertreter aus allen Teilen des Reiches beteiligten, unterschieden sämtliche Redner ohne Ausnahme die Richtigkeit dieser Auffassung auf das lebhafte. Genauso allgemein und überzeugend kam zum Ausdruck, daß das deutsche Volk an einem Wendepunkt steht, der über Leben und Sterben seiner Wirtschaft stehe. Die Partei müsse deshalb im Interesse des deutschen Volkes unbedingt an dem eingeschlagenen Kurs festhalten.

In seinem Schlusswort konnte Dr. Scholz unter erneutem lebhaftem Beifall der Versammlung die absolute Einmütigkeit des ganzen Ausschusses in dieser Frage feststellen.

Nach dem volksparteilichen Beschuß gegen das Notopfer.

* Berlin. Die wenigen am Montag früh erschienenen Berliner Blätter rechnen aufgrund des volksparteilichen Beschlusses gegen das Notopfer damit, daß mindestens Dr. Molkenhauer sofort zurücktreten wird.

Die Berliner "Montagspost" weist nicht mehr auf dem Rücktritt des Reichsfinanzministers hin, während sie damit rechnet, daß der Reichsfinanzminister Dr. Curtius vorläufig noch weiter im Amt bleibt. Das Blatt schreibt weiter, die Meinung überwiege, daß man rasch oder langsam der Weimarer Koalition im Reiche entstrebe. Sicher sei, daß eine Gesamtübernahme des Kabinetts in diesem Augenblick nicht in Frage komme.

Der "Montag" schreibt u. a., die Möglichkeit liege jetzt beim Zentrum und bei den Demokraten. Die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß man sich nicht einigen werde und daß die Mitglieder der Deutschen Volkspartei, wenn auch nicht sofort, so doch nach Beratung des Younggesetzes im Reichstag aus dem Kabinett ausscheiden.

Nach dem "Montagmorgen" wird damit gerechnet, daß die Kabinettsumsturz am Montag ohne Ergebnis abbrechen wird, daß aber, wenn es die Lage nicht entscheidend ändert, die beiden volksparteilichen Minister noch im Laufe der Woche zurücktreten werden.

Der Entschluß der demokratischen Reichstagsfraktion.

(Berlin.) Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich nach längerer Beratung einen Beschuß, in dem es heißt:

Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion erachtet aus sozialen und finanziellen Gründen die baldige Abschaffung des Youngplanes für unbedingt geboten. Die Fraktion hält daran fest, daß der entschiedne Versuch gemacht muss, die aktuelle Festlegung einer solchen Senkung für das Jahr 1931 gefordert werden. Unvereinbar hiermit wäre eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Das sogenannte Notopfer würde außerdem den Willen zur Reform auf der Ausgabenseite des Reichshaushalts im Kriege erfüllen. Im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt für 1930 müssen daher folgende Maßnahmen getroffen werden:

Gesetzliche Sicherung der Ausgabenentlastung in Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch durch Sanierung der Arbeits-

Regierung und Landwirtschaft.

■ Berlin. Die Landwirtschaft ist immer wieder darauf verzögert worden, daß bei den Staatsberatungen für Hilfemaßnahmen für die Landwirtschaft berücksichtigt würden. Tatsächlich ist jetzt festgestellt, daß im Etat der Landwirtschaft sehr wenig bedacht wurde und wesentliche Kosten, die der Reichsminister für Genährung und Landwirtschaft eingekauft hatte, wegen der Belastung der Haushaltssumme nicht berücksichtigt wurden. Auch die lange ausstehende Agrardebatte ist ausgedehnt und sämtliche Beratungen des Reichstags über landwirtschaftliche Fragen haben sich lediglich auf den engen Punkt der Vorlage beschränkt. Anfolgedessen ist es verständlich, wenn die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen wieder die Initiative ergriffen, wenn sie einen Empfang beim Reichskanzler nachsuchten und ihm die Forderungen der Landwirtschaft unterbreitet haben. Hermann Müller konnte aber keine Versprechungen machen und hat es dem Minister Dr. Dietrich überlassen, mit den Landwirten ein Hilfsprogramm auszuarbeiten, dessen Überprüfung dann der Regierung und dem Reichstag vorbehalten bliebe.

Wie wir hören, sollen schon in den nächsten Tagen Verhandlungen einiger Säuber der Landwirtschaft mit Minister Dr. Dietrich beginnen, die zunächst beschleunigte und durchgreifende Maßnahmen zur Stützung des Marktlandwirtschaftsproduktes im Auge haben. Die Vorschläge erwarten der Minister seitens der Landwirtschaft. Sie werden aus alten Forderungen resultieren, und somit die Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung verlangt wird, werden, wie wir hören, wieder Hilfemaßnahmen im Vordergrund der Erwägungen stehen.

Die gestohlenen Waffen größtenteils gefunden

Mehrere Verhaftungen.

■ Leipzig. Wie die Kriminalpolizei mitteilt, sind die gestohlenen Waffen bis auf das schwere und zwei leichte Maschinengewehre gefunden worden. Die 219 Gewehre konnten ebenso wie die 39 Maschinengewehre ganz vollständig wieder herbeigeschafft werden. Die Waffen waren an verschiedenen Stellen der Stadt und der Umgebung verkauft. Es sind bereits eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden. Nähere Mitteilungen können jedoch im Interesse der Ermittlungen, die ununterbrochen fortgesetzt werden, noch nicht gemacht werden.